

Wester-Beitung

Donnerstag, 30. Mai 1929
11. Jahrg. Nummer 127

Preis 10 Pl.
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung
Wester-Beitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verleger: ...
Redaktion: ...
Druck: ...

Enthüllungen über Kriegsbündnisse: **Frankreich-Polen gegen Sowjetrußland** Tschechisch-französisches Militär-Bündnis

Die in Moskau erscheinende „Moskauer Rundschau“, die von dem früheren österreichischen Gesandten Otto Polak-Heras herausgegeben wird, veröffentlicht heute den Wortlaut eines französisch-polnischen Militärvertrages, datiert vom 15. September 1922, mit vertraulichen Zusatzbestimmungen vom 12. Mai 1923. Die Zeitung behauptet, daß dieser Vertrag bis auf den heutigen Tag nicht geändert worden sei und die aus ihm hervorgehenden Bestimmungen immer noch in Kraft seien. Der Vertrag ist unterzeichnet von Sikorski und Foch. Artikel 1 bestimmt, daß die französische Regierung auf die Unterstützung der polnischen bewaffneten Macht rechnen kann in. Fälle eines nichtprovokierten Angriffes; er bestimmte ferner die Notwendigkeit, militärische Maßnahmen zur Erfüllung der Grundverträge anzunehmen, und die Notwendigkeit, den Garantievertrag der französischen Regierung bezüglich des gemeinsamen Verbündeten, Belgien, zu erfüllen. Nach Artikel 2 kann die polnische Regierung auf Unterstützung der französischen Streitkräfte rechnen im Falle eines nichtprovokierten Angriffes. Das gilt auch für die Defensivverträge, die Polen mit Zustimmung Frankreichs in Zukunft abschließt. In Artikel 4 erkennen die französische und polnische Regierung an, daß die grundlegende Gewähr für die ersten beiden Artikel in der Schaffung eines einheitlichen Kommandos beruht. In Artikel 5 bindet sich die polnische Regierung, im Falle eines Angriffes durch Deutschland auf französisches Gebiet gemäß der Anweisung des französischen Generalstabes zu handeln und den Mobilisierungsbefehl für ihrer Armee zu geben. Die völlige Mobilisierung der Armee soll die polnische Regierung im Verlauf von höchstens acht Tagen durchzuführen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen werden gemeinsam mit der französischen Militärmission in Polen vorbereitet werden. Artikel 6 verpflichtet die französische Regierung zur Durchführung ähnlicher Maßnahmen im Falle eines Angriffes Deutschlands auf polnisches Gebiet. Im Artikel 7 verpflichten sich die französische und die polnische Regierung, einen einheitlichen Verteidigungs- und Angriffsplan für den Fall eines bewaffneten Konflikts mit Deutschland zu vereinbaren. Zur Beurteilung sei folgendes zugrunde zu legen:
1. Feststellung der zahlenmäßigen Stärke der bewaffneten Macht beider Staaten;
2. Versorgung der Streitkräfte mit Kriegsmaterial;
3. Ausarbeitung von Grundsätzen für ein einheitliches Oberkommando;
4. etwaige Konzentrierung polnischer Streitkräfte an der deutschen Grenze. Im Artikel 8 verpflichtet sich die französische Regierung, zur Sicherung von Maßnahmen der polnischen Regierung an der deutschen Grenze ihre Kriegsstärke zu verwenden, die innerhalb von 14 Tagen, gegebenenfalls auch nach längerer Zeit, in Danzig, Königsberg und zu Lande Unterstützung zu leisten hat. Artikel 9 besagt: Falls irgendein Angriff auf polnisches Gebiet erfolgt, verpflichtet sich die polnische Regierung, ihre ganze Energie für die ungehinderte Versorgung der polnischen Streitkräfte mit Kriegsmaterial einzusetzen. Artikel 10 verpflichtet die französische Regierung, im Falle eines bewaffneten Konfliktes mit dem Rätebund Polen folgende Unterstützung zu gewähren:
1. Ernennung militärischer Berater;
2. Erweiterung der zahlenmäßigen Stärke des polnischen Kommandoabtes durch das französische Reserveoffizier- und das Unteroffizierkorps;
3. Versorgung der polnischen Armee mit Kriegsmaterial gemäß Artikel 9;
4. Verwendung der französischen Kriegsstärke zur Blockierung der russischen Küste. Die angeführten Verpflichtungen sollen auch für die Verteidigungsverträge gelten, die die polnische Regierung mit Zustimmung der französischen Regierung später abschließt; auch im Falle der Erweiterung eines polnisch-russischen Konfliktes durch Deutschland. Nach Artikel 11 gilt das Übereinkommen zehn Jahre, also spätestens bis zum 15. September 1932. Falls es nicht gekündigt wird, wird es automatisch um die gleiche Zeitdauer verlängert. Der vorliegende Militärpakt, an dessen Echtheit kein Zweifel sein

lann, stammt aus den Jahren 1922 bzw. 1923, wo unter dem Druck der französischen Ruhreroberungspolitik Deutschland Anlehnung an die Sowjetunion suchte. Seit jener Zeit hat sich jedoch in der internationalen Politik vieles geändert. Die deutsche Bourgeoisie ist mehr und mehr in die imperialistische Kriegsfrente gegen die Sowjetunion eingeschwenkt. Das hatte auch eine Veränderung ihrer Stellung nicht nur zu Frankreich, sondern auch zu Polen zur Folge. Mit Frankreich wurde durch den Locarnovertrag eine Zusammenarbeit geschaffen, die trotz aller enttäuschten Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie doch die Grundlage zu einer völlig andersgerichteten außenpolitischen Einstellung der deutschen Regierung behielt. Diese französisch-deutsche Locarnopolitik hat sich naturgemäß auch auf das Verhältnis Deutschlands zu Frankreichs Verbündeten, Polen, ausgewirkt. Wenn es darin auch noch eine große Anzahl ungelöster Streitfragen gibt, so ist doch die kriegerische Stimmung auf beiden Seiten völlig geschwunden, um mehr und mehr einer Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen Feind, Sowjetrußland, Platz zu machen. Heute richtet sich der französisch-polnische Militärvertrag nur noch gegen die Sowjetunion. Er gewinnt eine besondere Bedeutung durch die allseitigen stierhaften Rüstungen der imperialistischen Mächte gegen Sowjetrußland. Magdeburg, 29. Mai. Gestern nachmittag erhaltete Dittmann den Bericht über die Arbeiten der Wehrprogramm-Kommission. In seinem Bericht erklärte Abg. Dittmann, es handele sich nicht um ein Wehrprogramm, sondern nur um Richtlinien zur Tagespolitik für die nächsten Jahre, nicht für die Ewigkeit. Der Kern der Richtlinien sei umrahmt von der Stellungnahme der Partei zu der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit. „Es sei behauptet worden“, so fuhr der Redner fort, „der Parteivorstand habe diese Frage im Interesse der Koalitionspolitik im Reich aufgeworfen. Das hätte doch nur dann einen Sinn haben können, wenn die Kommission eine Veränderung unserer Parteipolitik vorschlagen würde. Tatsächlich empfiehlt die Kommission im Grunde noch die Fortsetzung der bisherigen Haltung der Partei in dieser Frage. Falsch ist auch die Behauptung, der Vorstand wolle auf dem Parteitag unter allen Umständen den Entwurf der Kommission durchsetzen. Zu den am meisten angefochtenen Anträgen sind Veränderungen vorgenommen worden. Wenn behauptet werde, es sei früher eine sozialdemokratische Parole gewesen: „Für das Heer im kapitalistischen System keinen Groschen“, so siehe das mit den Tatsachen im Widerspruch. Auch im kapitalistischen Wehrsystem war die Sozialdemokratie der Vortriebszeit bereit, die Wehrausgaben zu bewilligen, wenn an Stelle des ständigen Heeres ein Volkshöer gesetzt worden wäre. Im Erfurter Programm ist diese Stellung festgelegt. Das Heibelberger Programm setzt eine Wehrmacht als selbstverständlich voraus. Man mutet der Partei einen Rabilis-

Für die Arbeiterschaft, insbesondere für die schlesischen und ober-schlesischen Proletarier, ist die Enthüllung dieses Militärpaktes ein neuer Beweis, wie ernst und nahe die Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen die USSR ist und wie notwendig es ist, daß sich das Klassenbewußte Proletariat zur Verteidigung des ersten Arbeiterstaates der Welt rüstet.
Beziehung von Wien, Linz, Salzburg im Falle des Anschlusses an Deutschland geplant
Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht das Militärblatt „Krasnaja Swesda“ Enthüllungen über einen Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich, nach welchem erstere im Falle einer Vereinigung zwischen Deutschland und Oesterreich die Städte Wien, Linz und Salzburg besetzt. Eine Frankreich verbündete Macht soll dann Plagenfurt besetzen. Die Oberleitung dieser Aktionen soll in die Hände des französischen Generalstabes gelangen werden.

Der Wehrprogramm-betrug der KPD.

Nur „Richtlinien“, kein Programm — Dittmanns Bekenntnis zur Aufrüstung

mus zu, den sie nie geübt hat. Angesichts der heutigen politischen Lage braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze der Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Die Aufrüstung müsse allseitig sein, sonst dient sie unter Umständen nicht dem Frieden, sondern dem Kriege. Solange die Umwelt nicht abgerüstet hat, kann es auch Deutschland nicht völlig tun. Die Polizei sei heute nicht mehr das Instrument der kapitalistischen Klasse. Ebenso müsse die Wehrmacht sich demokratisieren. Alle diese Fragen hängen eng zusammen mit der Beteiligung an der Regierung. In der Debatte sprach u. a. auch der linke Lepp. Wie in der Frage des Panzerkreuzers (siehe Bericht in der Beilage), so werden auch in der Wehrfrage die „Linken“ kapitulieren. Wir kommen morgen auf die gründliche Geschichtsfälschung Dittmanns und sein Bekenntnis zur Rüstungspolitik zurück.

Wieder mal „Entspannung“ in Paris

Berlin, 29. Mai. (Eig. Bericht.) Die Regierungspresse bezeichnet heute eine „weitere Entspannung“ auf der Reparationskonferenz in Paris. Zwar ist man sich noch nicht völlig einig geworden, aber es wird fleißig zwischen der deutschen Delegation und den Sachverständigen der Gläubigerstaaten gefachelt. Die letzteren haben ihre alte Forderung, nach der Deutschland jährlich ein Mehr von 113 Millionen zahlen sollte, als dies der Young-Plan vorsah, auf die Hälfte, und zwar 52,8 Millionen, reduziert. Borerst hat die deutsche Delegation auch diesen Vorschlag noch scharf abgelehnt, es dürste aber auf dieser Grundlage doch zu einer endgültigen Einigung kommen. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Paris berichten, daß es wahrscheinlich noch in dieser Woche zur Beilegung der Differenzen kommt, und dann Ende nächster Woche die Konferenz ihr Ende nimmt. Auch die französische und englische Presse schlägt jetzt einen Ton an, der auf ein Kompromiß dergestalt hinfieuert, daß die Alliierten einige Abstriche an ihren letzten Forderungen vornehmen. Trotz alledem müßte die deutsche Delegation, und sie wird das ohne Zweifel auch tun, sich zu Zahlungsverpflichtungen belassen, die eben noch etwa über 50 Millionen pro Jahr höher sind, als dies der Young-Plan vorgeesehen hatte.

Schlesische Frauen!

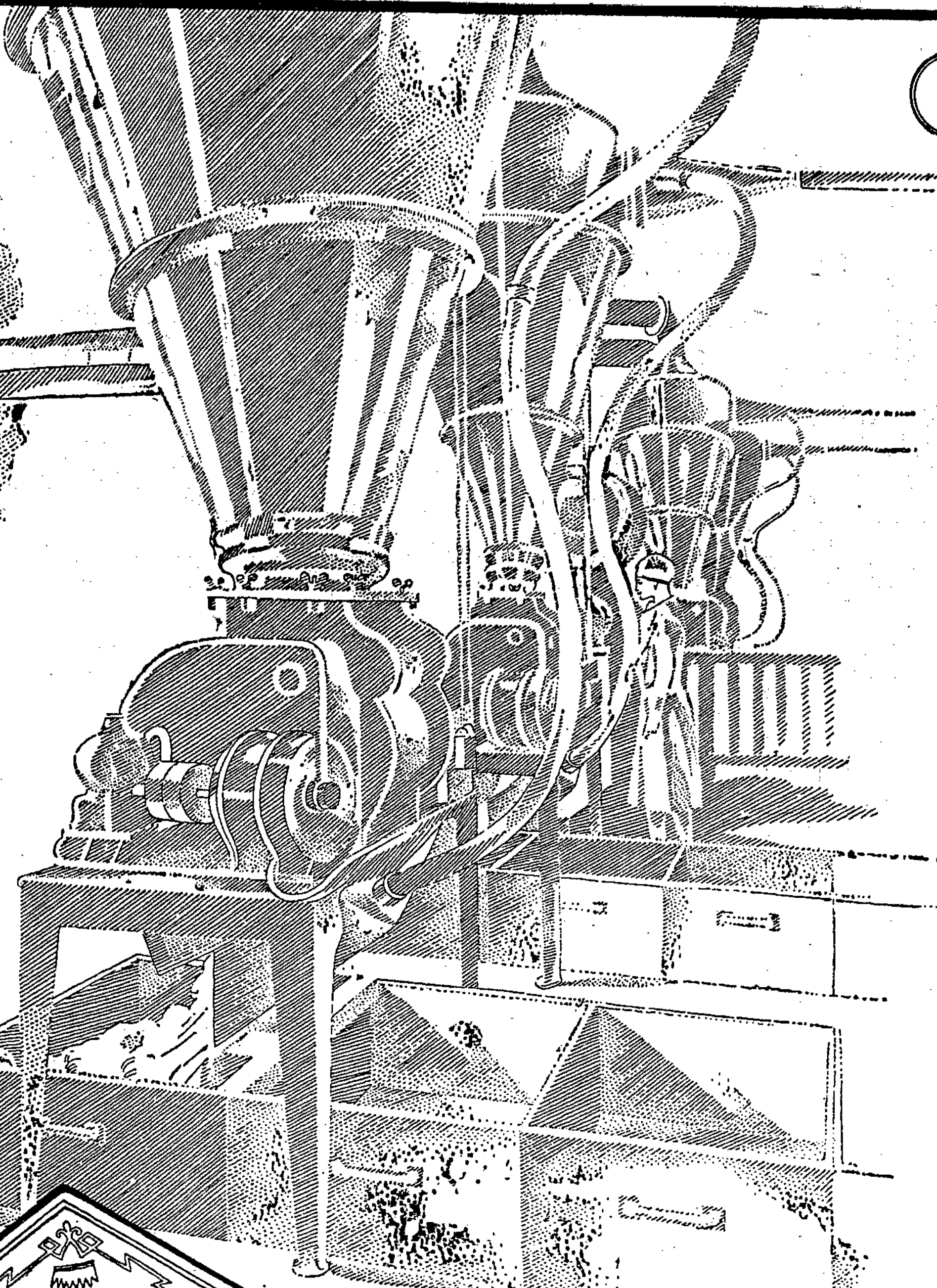
Sendet Delegierte zu der

Konferenz der werktätigen Frauen

nach Schweidnitz. Tagungsbeginn: Sonntag, den 2. Juni, 9 Uhr früh, im „Volksgarten“

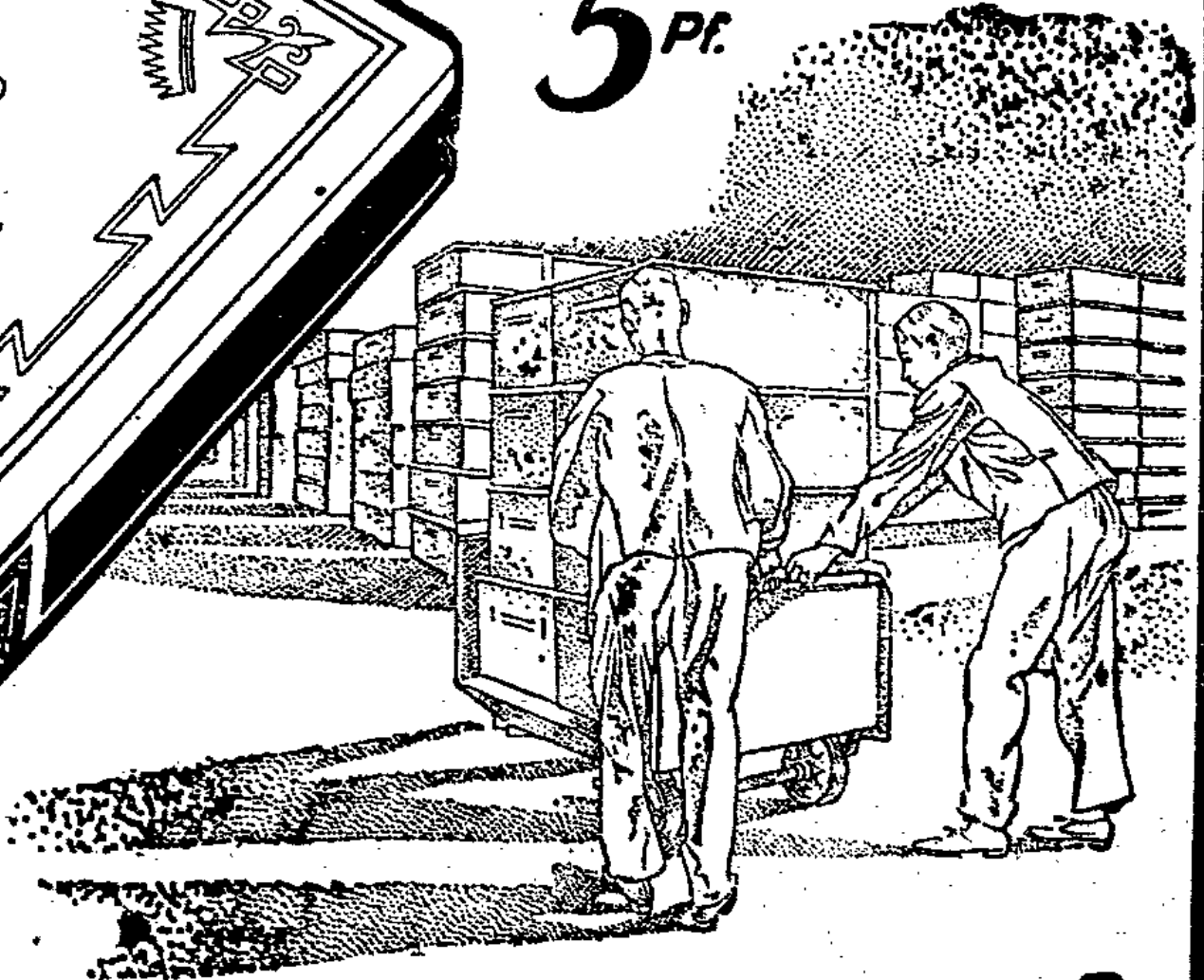
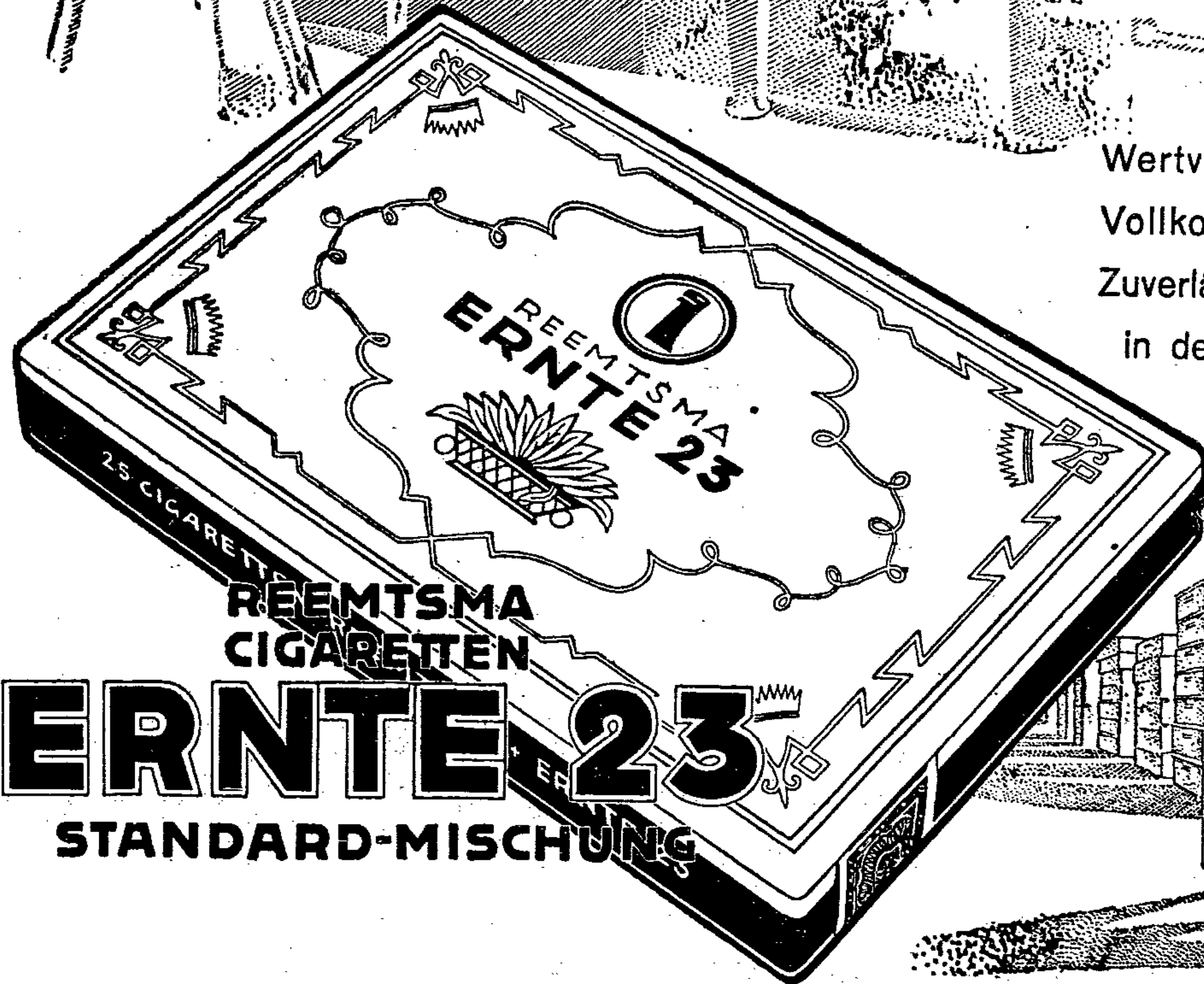
Nach deutscher Ansicht ist auch der Dienstag auf der Suche nach einer Lösung in der Frage der deutschen Jahreszahlungen ergebnislos verlaufen. Die außerordentliche Anspannung und Verbitterung, die gleichmäßig in sämtlichen Konferenzkreisen herrscht, machen es völlig unmöglich, einen einwandfreien Ueberblick über den Stand der Verhandlungen zu gewinnen. Wichtigere Aussprachen zwischen den Deutschen und den Alliierten fanden im Laufe des Dienstags nicht statt. Dr. Schacht verließ mittags Paris, um in nahegelegenen Hotel Trianon-Palais bei Versailles Erholung zu suchen.

Pneumatische Tabakauflockerung



Wertvolle echte Mischung!
Vollkommene Herstellung!
Zuverlässige Konservierung
in der Originalschachtel!

5 Pf.



Reemtsma Cigaretten sind wertvoll,
es lohnt sich, sie gut zu behandeln!

Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz fertiggestellt!

Im Reichsarbeitsministerium ist jetzt der Entwurf einer Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz fertiggestellt worden.

Die Arbeiterkassen fordern aber sofortige Aufklärung. Wir wissen, daß der sonst so reberliche Wiffell schweigen will, obwohl er von der Tribüne des SPD-Parteitag herab die schönste Gelegenheit hätte, der Arbeiterkassen zu zeigen, was sozialistische Arbeitslosenpolitik ist.

Enthüllungen über den Inhalt des neuen Gesetzesentwurfes

Die bürgerliche Presse ist in der Lage, bereits Mitteilungen über den Gesetzesentwurf machen zu können, den Wiffell zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet hat.

Die Unternehmer wissen das. Was aber die Unternehmer nach den Vorschlägen Wiffells durchsetzen sollen, ist auch mehr, als das Unternehmertum zunächst im Ernst erwartet hätte.

Wiffell fordert Vollmachten für die Reichsanstalt, die Beiträge von 8 auf 4 Prozent zu erhöhen. Die Arbeiterklasse muß dadurch 135 Millionen Mark aufbringen, die selbstverständlich den Lebensstandard des Arbeiters herabsetzen.

Die entscheidenden Punkte der sogenannten „Reform“ bringen die Aufhebung der Versicherungspflicht für Arbeitnehmer, soweit diese die Schule besuchen, Veränderungen der Versicherungspflicht der Lehrlinge und für „Nichttätigbeschäftigte“.

„Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht, und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, erwirbt, oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann, oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern, von Abstammungen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt oder miterwerben kann.“

Mit diesem stambaldigen definieren Paragraphen könnte vielen Tausenden die Unterstützung geraubt werden, wie jeder Arbeiter aus dem Wortlaut ersehen kann.

Weiter soll die Sperrfrist im Sinne des Schrup-Erlasses ausgebaut werden, das heißt, den Arbeitnehmern, die die Annahme einer ihnen zugewiesenen Arbeit verweigern, soll fortlaufend die Unterstützung oder bis zur Erlangung einer neuen Anwartschaft gesperrt werden.

Die Forderung der Unternehmer auf Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung soll im Wiffell-Entwurf bis jetzt noch nicht enthalten sein. Die bürgerliche Presse erklärt aber auch hier wieder mit Nachdruck, daß sie ihre Einführung fordert.

Die Vorschläge Wiffells sind so gehalten, daß die weitere Klein- und Mittelarbeit von Unternehmerforderungen sofort beginnen wird.

Vor einem Jahre schrieb bei den Reichstagswahlen die ganze SPD-Presse „Aufbau der Erwerbslosenunterstützung“. Die praktische Tätigkeit dieser Partei besteht jedoch im Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Durch die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums ist das Protektionstheater der SPD und der Gewerkschaftsvorstände gründlich entlarvt. Es kommt darauf an, daß die Arbeiter dieses Spiel durchschauen, um den Vormarsch der Sozialreaktion zurückzuschlagen.

Arbeitslose, kämpft!

Gegen den Unterstützungsabbau

Der Schrup-Erlass, die erste Stufe des „Sofort-Programmes“

Von Erich Steffen-Berlin

(Schluß)

Ebenso verhält es sich mit der sogenannten

Arbeitswilligkeit

Der § 90 bestimmt, wer sich ohne berechtigten Grund trotz Belehrung über die Rechtsfolgen weigert... erhält für die Dauer der auf die Weigerung folgenden 4 Wochen keine Arbeitslosenunterstützung.

„Das Arbeitsangebot, dessen Ablehnung die Rechtsfolge der Sperrfrist des § 90 haben würde, braucht nicht vom Arbeitsamt oder von einer mit der Untergewalt beauftragten Stelle (Gemeindeforscher) anzugehen; vielmehr genügt auch jedes andere Arbeitsangebot, das hinreichend deutlich erkennen läßt, daß es nicht abgelehnt werden darf.“

Also anstatt die Unternehmer zu zwingen, ihre freien Stellen beim Arbeitsamt zu melden, können diese in Zukunft eine Pfaffenberandung betreiben, daß angeblich die und die Arbeitslosen die Arbeitsannahme verweigert hätten.

„wiederholte Vereitelung der Einstellung, durch herausforderndes Benehmen bei der Vorstellung“

„Die Arbeitslosenunterstützung darf für die Tage nicht gemindert werden, für die der Arbeitslose die vorgeschriebenen Meldungen ohne die genügende Entschuldigung unterläßt.“

„Die Nichtbeachtung (der Meldung) auf Grund des § 239 mit einer Ermahnungsfrist bis zum 25fachen Betrage des täglichen Unterstützungsanspruches zu belegen.“

Ist der Beamte des Arbeitsamtes also der Meinung, der Erwerbslose sei absichtlich nicht zum Stempeln erschienen, so steht es ihm frei, einen vierwöchigen Unterstützungsentzug zu verhängen, ohne daß der Arbeitslose sich wehren kann.

Während der Unterstützungsperre sollen die Arbeitslosen auch nicht mehr vom

Wohlfahrtsamt

unterstützt werden. Die Willkürmaßnahmen des Arbeitsamtes sollen keine Milderung durch eine Fürsorge erhalten. Daß man die Arbeitslosen dadurch anreizt, Verbrechen zu begehen, um nicht zu verhungern, ist eine logische Folge dieser Anweisung.

„Ein während des Laufes der Sperrfrist gemachtes und wiederum unberechtigt abgelehntes Angebot von Arbeit muß zur Verhängung einer neuen Sperrfrist führen.“

Um erkrankten Arbeitslosen nicht die Möglichkeit zu geben,

Elend der Notstandsarbeiter

Wie die hungernden Erwerbslosen mißbraucht werden

Die Unternehmerpresse hebt seit Monaten über angebliche Mißbräuche beim Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Der nachstehende Bericht ist ein Beweis dafür, daß in Wirklichkeit die Unternehmer und die Arbeitsämter den schlimmsten Mißbrauch mit der Zwangsvermittlung von Erwerbslosen treiben.

Ueber die handbaldfen Arbeitsverhältnisse, die dort vorhanden sind, berichtet ein Kollege, der zur Firma Holzmann vermittelt wurde. Die Firma Holzmann hat einen Bahndamm bei Schleyz auszuführen, der ebenfalls zu dem großen Projekt Saaleetal-Sperre gehört.

„Es wird ein Stundenlohn von 80 Pfg. gezahlt. Die Verheirateten sind nicht in der Lage, ihren Angehörigen genügend Geldmittel zu schicken, da die Lebensmittelpreise sehr hoch sind.“

„Es wird in zwei Schichten gearbeitet. Die erste beginnt morgens um 4 Uhr, wo es noch nicht einmal warmen Rassee gibt.“

Die Unterunterkünfte bestehen aus einfachen Bretterbuden, in denen keinerlei Heizvorrichtungen vorhanden sind. Bei Regenwetter können die Arbeiter ihre durchnässten Kleiderstücke nicht einmal trocknen.

Krankengeld zu beziehen, wird bestimmt, daß die Vertrauensärzte eine verschärfte Krankenkontrolle vornehmen sollen.

Arbeitslose, die bestimmte Aussicht haben, in kurzer Zeit bei ihrem alten Arbeitgeber beschäftigt zu werden oder sogar schon vertraglich verpflichtet sind, gelten nach dem Erlass nicht mehr als Unterstützungsberechtigte, wenn sie auf die Wiederbefähigung warten wollen.

Der Arbeitslose soll auch nicht mehr, wie es im § 90 Absatz 2, I vorgelesen ist, das Recht haben, eine Arbeit abzuschließen, wenn für dieselbe nicht der tarifliche Lohn gezahlt wird, denn der Erlass stellt fest, daß der Betreffende ja das Recht hat, beim Amtsgericht auf Zahlung des tariflichen Lohnes zu klagen.

Es ist in diesem Rahmen unmöglich, alle Punkte des umfangreichen Erlasses eingehend zu besprechen. Das hier Aufgezeigte genügt aber zur Feststellung, daß die Sozialdemokratie zusammen mit den Deutschnationalen einen solchen reaktionären Vorstoß durchzuführen will, wie er seit Jahren nicht dagewesen ist.

Der Erlass trifft nicht nur diejenigen, die jetzt arbeitslos sind, sondern alle Arbeiter. Die nächste Aufgabe ist, in allen Gewerkschaftsversammlungen und Betrieben aufs eingehendste dazu Stellung zu nehmen. In kurzer Zeit liegt das „Sofort-Programm“ der Regierung zur Beschlußfassung vor.

Stühle haben sich die Arbeiter selbst zurechtgestimmert. Der Zustand der Betten ist einfach unbeschreiblich.

Verbandskassen mit den notwendigsten ersten Hilfsmitteln bei Unglücksfällen ist nicht vorhanden.

Wegen der geradezu schweinemäßigen Zustände hat der L o m m u n i s t i s c h e Landtagsabgeordnete Z i m m e r m a n n eine Anfrage an die Thüringer Regierung gerichtet, um festzustellen, was sie zur Abstellung zu unternehmen gedenkt.

Die hier geschilderten Zustände sind durchaus keine Einzelerscheinungen. Wir hatten bereits vielfach Gelegenheit, auf ähnliche Zustände bei der Vermittlung zu Land- und Forstarbeiten hinzuweisen. Es ist deshalb höchste Zeit, daß sich die gesamte Öffentlichkeit mit diesen schändlichen Mißbräuchen der Zwangsvermittlung beschäftigt.

Für die Notstandsarbeiter ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um durch geschlossenes Auftreten solche Mißbräuche zu beseitigen. Durch ihre Vertrauensleute sollten sie mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen eine geschlossene Front herstellen, die imstande ist, die Zwangsparagrafen abzuschaffen, und den drohenden weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung abzuwehren.

Gebt für die Maiopfersammlung der Roten Hilfe

So sieht es jetzt schon aus — wie wird es erst nachher sein!

Verammlung der erwerbslosen Frauen

Von den Abbaumaßnahmen des „Sofort-Programms“ in der Arbeitslosenversicherung werden viele erwerbslose Frauen betroffen werden. Dieser Umstand veranlaßte den Erwerbslosen-Ausschuß, eine Versammlung der erwerbslosen Frauen und Mütter Breslaus einzuberufen.

Rund 79% aller unterstützten Frauen erhalten eine Wochenunterstützung von weniger als 10,80 Mark.

Der deutschen Bourgeoisie aber sind diese Mittelschichten noch zu hoch und sie verlangen, daß die Unterstützungen noch weiter abgebaut werden müssen, und der Preis der Empfangsberechtigten erheblich eingeschränkt werden soll.

„Auf Ehre und Gewissen“

Die „Gruppe junger Autoren“ hatte für Sonntag Abend zu einer Vorlesung ins Konzerthaus eingeladen. Zum Vortrag gelangte ein Schauspiel „Auf Ehre und Gewissen“ von Masurel.

Zwei Selbstmorde — drei Selbstmordversuche. Gestern, Dienstag, wurde in seiner Wohnung Lohsestraße der Kaufmann F. R. mit aufgeschrittenen Pulsadern erhängt aufgefunden.

Die Verurteilung der Genossin Grund erfolgt heute Mittwoch, um 16,30 Uhr, von der Halle des Paulus-Friedhofes in Kojel aus. Die Genossen und Genossinnen werden erjucht, der toten Genossin zahlreich das letzte Geleit zu geben.

Die Verurteilung der Genossin Grund erfolgt heute Mittwoch, um 16,30 Uhr, von der Halle des Paulus-Friedhofes in Kojel aus. Die Genossen und Genossinnen werden erjucht, der toten Genossin zahlreich das letzte Geleit zu geben.

Vor dem Verbrennungstode gerettet. Innerhalb ganz kurzer Zeit brach in Weidenhof der vierte Brand aus. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag brannte, wie erst jetzt bekannt wird, das Haus, in dem der Landarbeiter Schöps mit seiner Frau und zwei Enkelkindern wohnte, nieder.

Schweres Autounfall. Bei einem mit 12 Ausflüglern besetzten Lastauto einer Breslauer Firma verlagte auf der Rückfahrt von Silberberg auf der steilen Pflanzstraße die Fußbremse.

Breslau, 29. Mai.

Die „Wuwa“ bewegt heftig die verschiedensten Gemüter. Kein Wunder, daß selbst Mache, das neugewählte zweigarniturige Stadtoberrhäuptchen, die Verpflichtung in sich fühlte, hier „eingzugreifen“.

Wie überhaupt die ganze „Wuwa“ ins Wasser zu fallen droht. Jedenfalls rechnet jetzt schon die „Wolfsbach“ damit, die gestern in einer schlagfertigen Notiz über die Bewilligung der 150 000 Mark folgenden schönen Satz schrieb:

„Durch ihren Inhalt wird sie eine große Anziehungskraft ausüben, doch wenn das Wetter die Massen vertreibt, ist ein erhebliches Defizit unvermeidlich. Alle Parteien werden sich deshalb rühren müssen, daß die Berliner Versprechungen wenigstens nachträglich eingelöst werden.“

Also, wenn's regnet, wird's eine Pleite. „Alle Parteien werden sich deshalb rühren müssen...“, meint die „Wolfsbach“. Wie, wo, warum, weshalb, wieso? Und dann die „Berliner Versprechungen“, die nachträglich eingelöst werden sollen? Was sind das für Berliner

Versprechungen, die mit dem Wetter zusammenhängen? Hat etwa die Preußenregierung, wenn sie schon kein Geld geben wollte, wenigstens versprochen, mit dem Berliner Vertreter des himmlischen Wettermachers Petrus gutes Wetter zu vereinbaren? Das wäre immerhin ein „Erfolg“ der Konföderationsverhandlungen.

Über man soll dem „Neben Gott“ und dem Petrus nicht zübel trauen. Deshalb mögen sich „alle Parteien rühren“. Vorsichtshalber! Denn besser ist besser.

Sendboten der Pleite kommen von allen Seiten. Neuerdings verläutet, daß die Ausfallgarantie der Provinz Niederschlesien, die 100 000 Mark beträgt, und die nur bezahlt werden sollte, wenn die „Wuwa“ ein großes Defizit hat, wahrlich ein wenig gezahlt wird, weil die frühere Mehrheit von acht Stimmen, die dieser Antrag gefunden hatte, unterdessen ernsthaft zu schwinden drohe.

Im übrigen: Was machen denn die „Schirmherren“ der „Wuwa“? Zum Beispiel Großpapa Hindenburg? Wie wäre es, wenn die eifrigsten der Wuwalinge, die „linken“ Krumm und Gfstein, Hindenburg aufsuchten und ihm als Unteranengeshent das Defizit zu Füßen legen würden?

In vierzehn Tagen geht also der Kummel los. Und im Herbst werden wir vor dem Loch stehen, das die „Wuwa“ in den Stadtkäbel gerissen hat. Die Breslauer Proleten aber werden dann aufs neue belastet. Wie lange werden sie diejenigen, die ein solch schmerzvolles Spiel mit ihrer Not treiben, noch in der Stadtverwaltung lassen?

Der „Jungstahlhelm“ hat die Hosen voll

Papa muß nach dem Staatsanwalt rufen

In der „Schlesischen Zeitung“ und in der „Tagespost“ ist folgender Hilferuf enthalten:

Offener Brief

an den Herrn Regierungspräsidenten, den Herrn Polizeipräsidenten und den Herrn Oberstaatsanwalt in Breslau.

Von der Pressestelle des „Stahlhelm“, Kreisgruppe Breslau-Stadt, geht uns folgende Zuschrift zu:

„Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 25. Mai 1929 unter der Überschrift „Breslauer Jungstahlhelm will provozieren“ einen Hinweis darauf, daß der Breslauer Jungstahlhelm am Mittwochabend mit Lastautos nach München fährt, und fordert die Breslauer Arbeiterchaft auf, diese Provokation nicht zu dulden.“

Wer provoziert und wer die öffentliche Ordnung stört, haben wir ja bei den Mai-Unruhen dieses Jahres in Berlin gesehen. Die Breslauer Arbeiterchaft hat auch gegen den Jungstahlhelm gar nichts einzuwenden, denn sie ist, Gottkeidant, mag sie politisch organisiert sein wie sie will, so weit staatsbürgerlich geschult, daß sie weiß, daß jeder Staatsbürger auf der Straße das gleiche Recht hat.

Der Stahlhelm weiß sich nötigenfalls zu schützen. Er erwartet aber, daß die Staatsbehörden hier eingreifen und diesen Hebern endlich das Handwerk legen.

Der „Stahlhelm“, Bund der Frontkämpfer, Kreisgruppe Breslau-Stadt.“

Dazu wäre zu sagen, daß wir die Zuschrift eines Arbeiters, der über die Stahlhelmmirlerntas unterrichtet ist, wiedergegeben haben, und in der die Feststellung enthalten war, daß, wenn auch der F.F.W. verboten ist, die Breslauer Arbeiterchaft dennoch Stahlhelmprovokationen in den Arbeitervierteln nicht dulden wird.

Im übrigen wird uns von unserem Gewährsmann geschrieben: „Der Artikel in der Sonnabendausgabe, „Der Jungstahlhelm will provozieren“, hat in den Stahlhelmtreuen große Verwirrung hervorgerufen. Man sucht den „Spiegel“ und findet ihn nicht, weil derselbe beauftragt ist, den Spiegel mit zu suchen! Auf Grund des Artikels sind nun Veränderungen an der Fahrt nach München vorgenommen worden. Mittwoch tritt nunmehr der Jungstahlhelm zur Münchenfahrt um 8 Uhr am Blücherplatz an, marшиert nach dem Salvatorplatz, wohin auch inzwischen der Stahlhelm gekommen ist, und von dort aus geht es in geschlossenem Zuge mit der ehemaligen Militärmusik nach dem Mathiasplatz, wo die Lastautos (zwei Wagen mit Anhänger) stehen. Von dort aus geht nun die Fahrt durch den Westen Breslaus gegen 9,30 Uhr durch die Friedrich-Wilhelm-Straße, die Frankfurter Straße in Richtung Deutsch-Wissa. Während diese Durcheinanderfahrten abgerückt sind, müssen die übrigen Stahlhelmeute in den Schlegelwerber kommen, wo der Hilferufsführer Hauptmann Gärting-München und der äußerst provozierend auftretende Gauleiter der NSDAP. Brückner in einer öffentlichen Versammlung sprechen werden.“

stand eine Panik. Ein Kind und zwei Frauen sprangen in ihrer Angst vom Auto ab. Das Kind kam mit leichten Verletzungen davon, die Frauen blieben mit schweren Verletzungen (Gehirnerschütterung und Beinbruch) liegen. Zum Glück kam zufällig ein Kraftwagenführer vorbei, der auf das immer schneller herabfahrende Auto kletterte und es schließlich zum Stehen brachte.

Heute Rundfunkspiel der Mailänder Scala. Im heutigen Mittwochprogramm der Schlesiischen Funkrunde ist insofern eine Aenderung eingetreten, als um 19,30 Uhr aus der Staatsoper Unter den Linden-Berlin das Gastspiel der Mailänder Scala übertragen wird.

Breslauer Johannisfest 1929. Wer in diesen Tagen einen Spaziergang nach Scheitnig unternahm, wird wahrgenommen haben, daß sich auf dem Messelgelände gegenüber der Jahrhunderthalle wieder geschäftige Hände regen, um mit dem Aufbau für das in den Tagen vom 15. bis 30. Juni stattfindende Breslauer Johannisfest 1929 zu beginnen. Die Aufträge sind von der Leitung der Johannisfestverwaltung bereits vergeben worden, und Handwerker jeden Schlags sind nun eifrig daran, das „Schlesische Himmelreich“ aufzubauen.

Die Zeitkartenmarken der städtischen Straßenbahn für den Monat Juni werden in den üblichen Verkaufsstellen und zu den üblichen Zeiten verkauft. Am Freitag, dem 31. Mai, und Sonnabend, den 1. Juni, sind die Verkaufsstellen Elisabethstraße 4 und Lessingplatz 3 von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Primus-Palast. „Die ungekrönte Königin“ schildert den Aufstieg jener Lady Hamilton, die als „einfaches Mädchen aus dem Volke“ ihre Laufbahn begann und als Geliebte Nelsons als „ungekrönte Königin“ endete. Corinne Griffith verkörpert die Titelrolle. Wenn Regie und gut gesehene Naturaufnahmen über alles gehen, mag sich über den Gedanken hinwegsetzen, daß für diesen Durchschnittsfilm viele Millionen ausgegeben wurden. Daß er von geschichtlicher Richtigkeit strahlt, versteht sich von selbst. Im Weiterprogramm kann man sich durch einen Kulturfilm interessant belehren und durch zwei amerikanische Grotesken erheitern lassen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Berein „Breslau“. Mittwoch, den 29. Mai, Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus. — Jugendabteilung: Dienstag, den 28. Mai, Abendtour nach der Niemannshöhe, Start 19 Uhr, Sonnenplatz. — Sobot 1918. Am 31. Mai, 20 Uhr, in der Turnhalle: Volkerversammlung.

Berichtigungen. In unserer gestrigen Notiz über die Bewilligung von 150 000 Mark für die „Wuwa“ ist ein Druckfehler enthalten. Sie wurden nicht vom Haushalts-, sondern vom Finanzausschuß bewilligt. — Weiterhin möchten wir zu dem Artikel „Über vom Breslauer Wohnungselend“, der in unserer letzten Sonnabendnummer erschien, berichtigen, daß es sich bei dem dritten Fall nicht um das Grundstück Kupfersteinmiedestraße 46/47, sondern Schmieledstraße Nr. 4 6/4 7 handelt.

Mittelschlesien

Ohlau. Straßenunfälle. Ein sechsjähriges Mädchen, das mit seiner Mutter die Breslauer Pflanzstraße entlang ging, wurde von einem Auto an Kopf, Schulter und Bein verletzt. — Der Arbeiter Gehl aus Thiergarten geriet auf seinem Kraftwagen beim Einbiegen aus der Grottkauer in die Hospitalstraße zwischen zwei Kraftwagen. Er wurde von dem einen Auto erfasst und zu Boden geschleudert, wobei der Verunglückte derart schwere Verletzungen erlitt, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

Wels. Todessturz vom Dach. Als der Dachbeder Bernoth mit Dacharbeiten beim Neubau der Pnabenschule beschäftigt war, stürzte er, da er nicht angeheilt war, rüchlings etwa 18 Meter tief ab. Eine Rippe drang dem Verunglückten durch die Lunge, so daß er am Abend seinen Verletzungen erlag.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
— Stadttell West. Alle Genossen (innen) halten sich für Mittwoch zur Verabreichung der Genossin Grund bereit. Ort und Zeit wird morgen an dieser Stelle bekanntgegeben.
Erechten. Mittwoch 20 Uhr bei Wende (Stadt Breslau) Mühlbenderversammlung.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
— „Die roten Wägen“. Donnerstag: Große Messergasse.
— „Die roten Wägen“. Mittwoch 20 Uhr: Heimabend bei Wagner, Messergasse 24.
— Gäste willkommen.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
— Alle J.S.B.-Mitglieder müssen unbedingt am Donnerstag 20 Uhr zur Feldstraße kommen. Die Sitzung ist sehr wichtig. Auch die Genossen, die das letztemal fehlten, müssen unbedingt erscheinen.
Sonstige Organisationen
Breslau
— Gefangener Tod: Mittwoch 19 Uhr im „Roten Bären“, Kupfersteinmiedestraße, Gemischter Chor. Saugelustige Genossen sind willkommen.
— Monatsidee Gemeinde, Grünstraße 14/16. Mittwoch 20 Uhr: Vortrag. Redner: Dr. G. Kramer. Thema: „Die Bedeutung der Weltanschauung für den Menschen.“
Grenzberg. Ortsausflug des F.F.W. Donnerstag 19,30 Uhr im „Gartenbaum“ wichtige Ortsausflug. Alle Delegierten, besonders auch die Kapuziner, müssen erscheinen.

Der sozialdemokratische Parteitag für Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik

Ueber sämtliche Anträge gegen Koalitionspolitik, Panzerkreuzerbau und für Regierungsaustritt zur Tagesordnung übergegangen — Vollständige Kapitulation der „linken“ SPD.-Führer

Magdeburg, 28. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Vormittagsführung des SPD.-Parteitages vom Dienstag begann mit einer Rede von Fleißner (Dresden): Der vielerorts beschlossene Beschluss auf Stellung von Bedingungen für Koalitionsbeitritt ist nicht erfüllt worden. Die Wähler hätten nicht diese Koalitionspolitik gewollt. In der Opposition hätte man mehr erreichen können. Sie seien nicht prinzipielle Gegner der Koalitionspolitik.

David (Mainz): Die Wähler vom 20. Mai haben diesen Reichstag gewählt. Dieser Reichstag habe zweimal den Bau des Panzerkreuzers gefordert, und die Minister müssen sich der politischen Mehrheit fügen. Sonst seien sie ja gegen Demokratie und Parlamentarismus. David kam zu dem Schluss: „Die Wähler vom 20. Mai sind am Panzerkreuzerbau schuld.“

Reichstanzler Hermann Müller begann mit der Behauptung, die SPD. habe nicht an Mitgliedern verloren, daher sei eine Parteikritik nicht berechtigt. Wenn Eckstein erkläre, daß die Partei nur der Arbeiterklasse verantwortlich sei, so schlage das allem, was wir zur Frage der Regierung seit zehn Jahren gesagt haben, ins Gesicht. Es sei falsch, daß nichts erreicht worden ist. Er wisse nur auf die Ausgesperrtenunterstützungen im Nordwestkampf hin. Wenn das Zentrum seinen Willen in der Koalition durchzuführen könnte, sähe das preussische Konfordat wie das bayerische aus. Im Westkampf würden Wünsche aufgestellt, aber keiner kann behaupten, daß sie in der Koalition zu erreichen sind. Wenn man die Forderungen auf Sozialismus erhebe, — na, ja — sie seien ja alle für Sozialismus.

In der Wahlkation sei der Panzerkreuzer zu sehr in den Vordergrund gestellt worden. Müller rechnet vor, daß, wenn es hart auf hart gegangen wäre, — bei einer Abstimmung die Kabinetsmehrheit für den Panzerkreuzer gewesen wäre. Allein auf Drängen der Fraktion hätten er und die anderen sozialdemokratischen Minister einmal gegen den Panzerkreuzer gestimmt. Das sei aber gegen die Weimarer Verfassung, nach der die Minister für ihre eigenen Vorlagen stimmen müßten. Man soll nur nachlesen, was so gute Republikaner wie Haas und Wirth über den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung im Reichstage gesagt hatten. Wir lehnen es ab, ähnliche Experimente zu wiederholen. Bei Eintritt des Zentrums in die Regierung wurde vereinbart, daß die Minister geschloffen für ihre Vorlagen sich einzusetzen haben. An diese Vereinbarungen müssen wir uns halten. Man kann mir nicht zumuten, im Amt zu bleiben, wenn die Fraktion anders beschließen würde.

Ich bin als Mann bekannt, der bereit ist, alle Konsequenzen zu ziehen. Die Partei muß das in Kauf nehmen, daß ich als Minister versassungsmäßig handle; es hat sich für mich noch nie um die Ministerkessel gehandelt. Aber als Minister ist das Maß der Arbeit und Verantwortung höher als in der Tätigkeit des Parteiführers. Es ist zwar keine Freude, aber eine große Ehre, Minister zu sein. Wollen Sie jetzt eine Regierungskrise Ende Mai, dann suchen Sie sich einen anderen Grund als die Panzerkreuzerfrage aus. Wollen Sie jetzt eine Regierungskrise wegen des Panzerkreuzers, so machen sie sich unsterblich lächerlich. (Beifälliges Gelächter bei der Mehrheit des Parteitag.) Es stehen noch so viele andere Fragen. (Hermann Müller hat ganz recht, wenn er das selbe Anklamern der „Linken“ an die Panzerkreuzerfrage lächerlich macht.) In der Tat ist die Entwicklung seit der Zustimmung der Sozialdemokraten zum Panzerkreuzerbau viel weiter gegangen, die Entwicklung zum Sozialfaschismus, zur gewalttätigen Unterdrückung des revolutionären Proletariats und zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Keine dieser für das Lebensinteresse der Arbeiterschaft elementaren Fragen haben die „Linken“ in der allgemein politischen Debatte des Parteitag überhaupt anzuschneiden gewagt. — Die Red.) Müller erklärte: Die Behauptung, daß der Panzerkreuzerbau ein Zeichen des neudeutschen Imperialismus sei, glaube selbst im Ausland niemand, bei der weitgehenden Abwertung Deutschlands. Er zitierte schmunzelnd einen Artikel Künzlers aus dem Berliner „Abend“, daß es sich nur um einen Ersatzbau handle. Die SPD. habe früher, z. B. 1923, oft solche Ersatzbauten bemilligt.

Zur Frage der Jugend erklärte Müller: Bei ihrer Erziehung für „Nie wieder Krieg“ müsse man bedenken, daß das nicht von heute auf morgen zu erreichen sei. Vielleicht hätte man den Krieg 1914 verhindern können, wenn nicht der internationale Kongress im Jahre 1912 den Eintritt der französischen Sozialdemokratie in die Regierung abgelehnt hätte, und die deutsche Sozialdemokratie nicht von der Regierungsteilnahme im Oberrheinlande ausgeschlossen wäre. Die Kriege kann man nur verhindern, wenn man die bürgerlichen Parteien nicht allein regieren läßt. Krieg oder Frieden ist eine Frage der Politik der Kabinette. Darum müsse die SPD. in der Regierung bleiben. (Beifall des Parteitag.)

Torhorst (Düsseldorf) spricht zuerst über die Beamtenebewegung. Dann wendet sie sich gegen Sollmanns Rede, der in leichter Weise die materialistische Basis der proletarischen Bewegung angegriffen hätte. Er hätte sich auf dem Parteitag auf Grund bürgerlicher Festbehalte und geistiger Bequemlichkeit einen billigen Beifall errungen. (Wachsende Unruhe des Parteitag.) Noch dazu wurde Sollmanns Wizelei vom Parteitag wie eine dreiste antisemitische Neuerung belacht. (Tumult.)

Weis: „Die Genossin Torhorst zeigt, wie weit man die Redefreiheit mißbrauchen kann.“

Torhorst fortsetzend: Es sei ihr gegenüber der Rede Sollmanns sehr ernst. Es sei unerhört, wie man Kirche und Freidenker auf die gleiche Stufe stellen könne. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt, daß in Italien die Kirche Schleppeidienste für die faschistische Reaktion leiste.

Rosenfeld (Berlin): Die bisherige Debatte des Parteitag habe ergeben, daß eine große Einheitlichkeit der Partei bestehe. Niemand sei mehr prinzipieller Gegner einer jeden Koalitionspolitik. Aber nach einem Jahre Regierung könne man die gegenwärtige Koalition noch als das kleinere Übel verteidigen. Es entstehe aber die Frage, ob sie nicht das größere Übel sei. Der Beschluß des Panzerkreuzerbau erfolgte unmittelbar nach Brüssel, und sei als ein schwerer Verstoß gegen die internationalen Verpflichtungen von der Mitgliedschaft empfunden worden. Nicht durch Regierungsbeteiligung, sondern nur das internationale organisierte Proletariat könne den Krieg verhindern.

(Wie, sagte Rosenfeld natürlich nicht. — Die Red.) Dem Vorstoß Roenens haben sich alle weiteren Forderungen des Mehrheitsrats angeschlossen. Die Minister werden die Fraktion abermals in eine schlechte Lage bringen, wenn sie mit ja stimmen und die Fraktion mit nein. Glaubt Sollmann, daß die Partei den Ministern unvernünftige Aufträge geben wird? Müllers Glückwunschtelegramm an Hindenburg zur Geburt seines Enkels, Hilferdings Anleihe, Severings Schlichtertätigkeit in Nordwest, die Stellungnahme des Kabinetts zur Arbeitslosenversicherung, die die schlimmsten Befürchtungen erweckt, die deutsche Erklärung in Genf zum Washingtoner Abkommen, gegen die sie selbst die „Gewerkschaftszeitung“ wen. muh. sie sind nicht im sozialistischen Geist der Partei. Die Ergebnisse dieser Koalition finden überall in der Partei Mißbilligung. Daher müssen wir die Freiheit außerhalb der Regierung wieder erlangen.

Buotta (Essen) verteidigt die Freidenker gegen die kirchentreuen Ausführungen Sollmanns, dessen Wizeleien und die Art, wie sie der Parteitag aufgenommen habe, müssen die Erinnerung wachrufen, daß Bebel einst erklärt hat: Kirche und Sozialismus verhalten sich wie Feuer und Wasser zueinander. Im Westkampf haben wir die Zustimmung des Panzerkreuzers und die Ablehnung der Rinderpestung weidlich ausgenutzt. Jetzt kommen die Genossen und sagen: was unsere Minister in der Panzerkreuzer-Affäre machen, das ist der reinste Verrat. Das kommt von der Regierungspolitik ohne Programm. Zeigt uns nur einen Fall, wo wir eine Forderung in der Regierung durchgedrückt hätten. Die Arbeiter sind darüber enttäuscht.

Glagow (Hannover) polemisiert gegen die „Jugendsozialistischen Blätter“, die angeblich kommunistische Töne anschlagen. Es sei unerhört, daß Engelbert Gros in ihnen geschrieben habe: „Von der ministeriellen Unzulänglichkeit Hermann Müllers dürften sich auch seine nächsten Freunde überzeugen lassen.“ So werde die Jugend politisch verblödet. Er wundere sich über den Langmut des Parteivorstandes gegenüber solchen Angriffen. Politische Entscheidungen dürfen nicht mit den Jugendlichen getroffen werden, und die Jugend als Sturmböck gegen Parteibeschlüsse mißbraucht werden. Er freue sich über Seydewitz und Rosenfeld, daß sie sich seit viel gewandt hätten, und jetzt nicht mehr Gegner jeder Koalition seien. Er hoffe, daß bis zum nächsten Parteitag sie sich weiter so entwickeln werden, so daß dieser in voller Einheitlichkeit begonnen werden kann. Der Grund zu dieser Wandlung der „Linken“ läge im Ausfall der sächsischen Landtagswahlen und ihren Schmerzen bei der Regierungsbildung. Er als sogenannter Rechter sei nicht so reformistisch wie Seydewitz, der den Ministern alle Verantwortung abzunehmen bereit sei. Auch die Minister tragen ihren Teil der Verantwortung. Die Sachsen müßten noch zeigen, daß sie es verstehen, mit den Kommunisten fertig zu werden.

Stellung (Parteiobstand): Die Republik sei der Staat der Arbeiterschaft, für den Millionen im Weltkriege gefallen sind. Wohin hätte die Auspersung im Ruhrgebiet geführt, wenn nicht die Republik und eine Koalitionsregierung mit sozialdemokratischem Einfluß bestanden würde. Er begrüßt die Ausführungen von Seydewitz und bittet alle Delegierten, sie sehr zu beherzigen und mehr Kameradschaftlichkeit und Toleranz bei allen Gelegenheiten zu üben.

Die Genossin Torhorst (Düsseldorf), die Sollmann angegriffen habe, solle sich lieber überlegen, was sie noch auszufern habe. Er hätte in der Eröffnungssitzung des Parteitag, als Weis zitierte: „Nicht mit dem Ritzzeug der Barbaren...“ gehört, wie die hinter ihm sitzende Genossin Torhorst zu einer anderen Frau gesagt habe: „Nein, mit dem Gummi knüppel.“ (Stürmische Zwischenrufe.)

Vogel (Schlußwort): Er fordert Ablehnung des Antrages, daß sozialdemokratische Minister und Führer nicht in bürgerlichen Blättern Artikel veröffentlichten dürfen. Ebenso könnten die Minister in der Regierung nicht alle Forderungen in der Personalpolitik durchdrücken, daher solle man den Antrag, der sich gegen die Beförderung des völkischen Landrats von Gilsa durch Gezejmint wendet, ablehnen. Auch die Abhaltung eines Preußenparteitages soll abgelehnt werden, da die preussische Politik vom Deutschen Reich mit entschieden werden muß. Der Antrag gegen die Mitgliedschaft im Verein für Deutschum im Ausland soll abgelehnt werden, da auf diese Organisation im republikanischen Sinne eingewirkt werden muß.

Vogel geht dann zur politischen Debatte über und macht die merkwürdige Feststellung, sie sei mit „höherer Leidenschaft“ geföhrt worden (über diese Feststellung herrschte allgemeines Erstaunen auf dem Parteitag. — Die Red.) Er glaube Seydewitz, daß es ihm ehrlich um die Einheitlichkeit und Kameradschaftlichkeit zu tun sei. Denn eine neue Spaltung sei mehr als ein Verbrechen. Seydewitz habe erfreulicherweise erklärt, daß er die Anträge gegen die Minister nicht billigt. Nie habe das aber das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau getan. (Zwischenruf: Ist gesehen.) Er freue sich, feststellen zu können, daß hier die Diskussion kameradschaftlicher als draußen geführt worden ist. (ll)

Vogel führt dann die Haltung Künzlers und der Berliner zu den Wahlvorgängen, gegenüber der Stellungnahme des „Sächsischen Volksblattes“ zu Börgelers Polizeipolitik aus: „Es sei unerhört, daß in einem Artikel Max Adlers in der Ostthüringer Tribune Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als enger mit dem Proletariat vermandt als Ebert und Scheidemann bezeichnet wurden. (Keiner der anwesenden „Linken“ wagte einen Zwischenruf.)

Vogel wandte sich dann wieder der vielerörterten Opposition innerhalb der Jugend zu. Die Jugendsozialisten dürften kein Sammelbeden für alle Unzufriedenen und Berärgerten in der Partei werden, sondern eine Organisation der Jugend. Zur Frage des Panzerkreuzers sei es nach den Ausführungen Hermann Müllers nicht nötig, etwas hinzuzufügen. Wenn der Parteitag dafür sei, daß die Minister gegen die zweite Panzerkreuzerrate im Etat stimmen, dann bedeutet das den Austritt aus der Regierung. (Protestierende Zurufe der „Linken“.) Da ein Antrag auf namentliche Abstimmung über alle Anträge gegen Koalition und Panzerkreuzerbau gestellt sei, fordere er im Namen des Parteivorstandes auf, durch Abstimmung über alle diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall der Mehrheit des Parteitag.) Wir werden die Politik, die wir jetzt betreiben, konsequent fortsetzen.

Seydewitz (persönliche Bemerkung): „Als eine Ortsgruppe in seinem Bezirk den Ausschlußantrag gegen die Minister stellte, habe er sofort am nächsten Tage im Leitartikel dagegen Stellung genommen. Auch der Bezirksvorstand Zwickau habe in seinem Sinne gehandelt.“

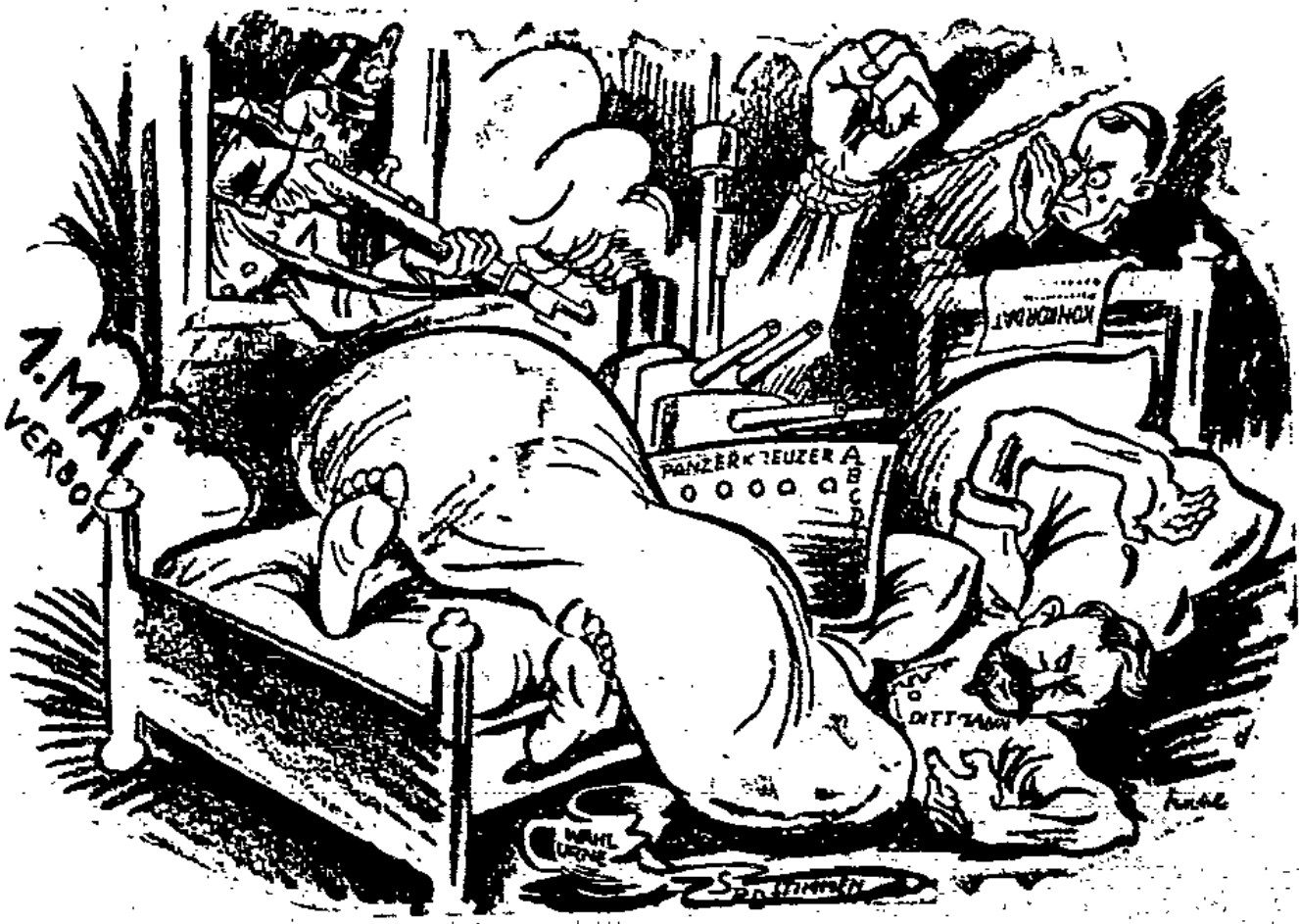
Nach dieser neuen kameradschaftlichen Kapitulation von Seydewitz vor den Panzerkreuzerministern, schritt man zur Abstimmung von Anträgen.

Der Antrag gegen die sozialdemokratische Mitarbeit an bürgerlichen Zeitungen wurde abgelehnt, ebenso die Schaffung eines Preußenparteitages. Durch einen Antrag des Parteivorstandes fiel der Antrag der Berliner Arbeiter, daß das Höchstmonatsgehalt für SPD.-Führer in allen Stellen nur tausend Mark betragen soll.

Vietke (Berlin) beantragt namentliche Abstimmung über den Parteivorstandsantrag, über alle Panzerkreuzeranträge zur Tagesordnung überzugehen. Als Weis erklärte: „Wer dagegen ist, daß die Minister für die 2. Rate im Etat stimmen, der stimme für den Regierungsaustritt“, protestierten die „Linken“ laut. Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Übergang zur Tagesordnung über sämtliche Panzerkreuzeranträge mit 256 Ja-Stimmen gegen 138 Nein-Stimmen beschloffen.

Korruption „linker“ SPD.-Führer bestätigt

Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß in der sächsischen SPD.-Führerliste ein schwerer Krach ausgebrochen war. Im Vordergrund standen der Leipziger Reichmann gegen die Dresdener Edel und Arzt. In geheimen Rundschreiben, Flugchriften usw. beschuldigten sie sich gegenseitig der Lüge, Unehrlichkeit und Korruption. Reichmann hatte schließlich beim Parteivorstand in Leipzig ein Ausschlußverfahren gegen sich selbst beantragt. Jetzt hat derselbe diesen Ausschlußantrag abgelehnt, weil er die Behauptungen Reichmanns in diesen Schriften gegen Arzt und Edel in den wesentlichsten Punkten als erwiesen ansieht! Damit steht fest, daß diesen „Linken“ Vorbildern der sächsischen Sozialdemokratie von ihren eigenen Parteigenossen, also sozusagen parteiamtlich, die Korruption bestätigt wurde. Deshalb werden diese „Größen“ nach wie vor an ihren Posten bleiben und die sozialdemokratischen Arbeiter zugunsten der Parteivorstands politik einzusetzen versuchen.



Schmidt's Traum

12 Stunden Arbeitszeit 70- und 70-jährige in der Nachtschicht

Aus der Porzellanfabrik Sophienau geht uns eine Arbeiterzukunft zu, die, ohne eines Kommentars zu bedürfen, die elende Lage der deutschen Proleten schildert. Die Redaktion.

Trotzdem ein Arbeitszeitgesetz besteht, und ein großes Heer von Arbeitlosen in Deutschland vorhanden ist, werden in dieser Fabrik über 60 Jahre alte Arbeiter

täglich 12 Stunden

beschäftigt, ohne jegliche Pause. Es ist dies in der Schmelze. Wenn ein Arbeiter Ferien hat oder es ist ein Kranke, so müssen die anderen durch verlängerte Arbeits-

zeit die Arbeit nachholen, nicht etwa nur in den sechs Tagen der Woche, sondern auch Sonntag. Sogar über 70 Jahre alte Arbeiter werden zur Nachtschicht herangezogen. Die Not treibt die Leute dazu. Die Porzellanfabrik ist eine Tochter der S.P.D. Der Betriebsrat unternimmt nichts. Hier wäre es Zeit, einzugreifen.

Porzellanfabrik Gebr. Pohl

(Von unserem Betriebsratsmitglied)

Schon wieder müssen wir an die Öffentlichkeit treten, denn besser wird es nicht in unserer „Umgebungsanstalt“. Herr Rauschert hat jetzt auch die Porzellanfabrik in Haselbach gekauft. Wir staunen bloß, wo der „arme Mann“ das Geld her hat. Angeblich verdient er doch nichts. Das Geld haben die Proleten wieder mit ihrem „Kraulzen“ für Sie verdient, um Ihre Nachtschicht zu stärken. Die rechte Hand Rauscherts, der Betriebsleiter Puche, war nun in Hasel-

bach, um Quartiere zu machen für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von Waldenburg und Oberschlesien nach hier gezogen werden. Dabei erlaubte sich dieser noble Herr, zu sagen: „Ach was, Dellen, eine Strohhütte und Pfe. bedeckt ist lange gut für die.“ (1) Über 20 jugendliche Arbeiterinnen hat man jetzt wieder von Oberschlesien nach hier geholt mit dem Versprechen, daß sie 26 bis 28 Mark verdienen können. Nachdem sie eine Woche hier sind, müssen sie einen Knebers unterschreiben, daß sie nur vorübergehend beschäftigt werden. So verfährt Herr Rauschert mit den Proleten. Was sagen übrigens die Arbeitsämter in Hirschberg und in Landeshut dazu, daß immer von außerhalb Arbeitskräfte nach hier gezogen werden, wo beide Kreise doch selbst genug Arbeitslose und Ausgesteuerte haben? Kollegen und Kolleginnen, kämpft mit uns gegen diese Verhältnisse und lest die „Arbeiter-Zeitung“, die euch in diesem Kampfe unterstützt.

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Gastspiel

des Kammerjägers

Serge Abranovic Friederite

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie B 20

Zieland

Donnerstag, 19.30 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie E 20

Fürst Igor

Freitag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie C 20

Die Bohème

Sonnabend, 20 Uhr

Der Barbier von Sevilla

Sonntag, 20 Uhr

Zieland

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 25. 5.

bis Dienstag den 28. 5.

täglich 20.15 Uhr:

Frühlings Erwachen

von Franz Wehling

Von Mittwoch, den 29. 5.

bis Freitag, den 31. 5.

täglich 20.15 Uhr

Finden Sie, das Constance

sich richtig verhält?

Komödie v. M.S. Maugham

Sonnab., d. 1. 6., 20.15 Uhr

Saisonverkauf 1929

Revue im Lobetheater

Texte: Max Opplitz

Musik von Harry Kalton

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 25. 5.

bis Freitag, den 31. 5.

täglich 20.15 Uhr:

Der Arzt am Scheideweg

Von Bernard Shaw, deutsch

von Siegf. Trebitsch

Sonnab., d. 1. 6., 20.15 Uhr

Zum ersten Male!

Der Mann, der seinen

Namen änderte

Stück in 3 Akten

von Edgar Wallace, deutsch

von Hans Rothe

Beistellen

Eiche, 2 Stück, mod. Form 95.00 Mk.
Eiche, 2 Stück, pol., vollgeb. 125.00 Mk.
Nußbaum, 2 Stück . . . 130.00 Mk.
Teilzahlung gestattet!
Albert Nowotny, Weidenstr. 23

Kreutz & Haake
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Denzig O.-L.
Vorz. dies. Inserats erhält 5% Rabatt

Am 27. Mai 1929 verschied nach langer und schwerer Krankheit die frühere Gemeindeverordnete

Frau Klara Wotky

Seit September 1927 gehörte sie den Gemeindekörperschaften an und war gleichzeitig ehrenamtlich Wohlfahrtspflegerin. Sie erfüllte die mit ihrem Amt verbundenen Pflichten mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit.

Ihr Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Weißstein, den 28. Mai 1929

Namens der Gemeindekörperschaften

Hertwig

Amts- und Gemeindevorsteher.

Gesellschaftshaus „Gold. Anker“
Ende Lohestr., 3 Min. v. d. Endst. d. L. 26
jeden Sonntag
Großer Familien-Tanz
P. Langer.
Saal für Vereine und Festlichkeiten zu vergeben

Handleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche- und Schmucksachen

Amtliche Bekanntmachungen von Weißstein
Sitzung
der Gemeinde-Vertretung
Dienstag, den 4. Juni 1929,
nachmittags 4 1/2 Uhr

im Saale des Bürgerheims, Jugendheim. Tagesordnung hängt im Amtsgebäude aus.

Weißstein, den 28. Mai 1929

Der Amts- und Gemeindevorsteher
Hertwig

Betrifft Schweine- u. Schafzählung

Auf Grund der Bundesrats-Berordnung vom 30. Januar 1917 findet am 1. Juni 1929 im Deutschen Reich eine Schweinezählung statt. In Preußen werden hierbei auch die Schafe gezählt. Die Ergebnisse der Zählung dienen allgemeinen volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken.

Im übrigen wird auf die diesbezüglichen Anschläge an den Bekanntmachungstafeln hingewiesen.

Weißstein, den 27. Mai 1929

Der Gemeindevorsteher
Hertwig

BUCHDRUCKEREI

Unsere leistungsfähige liefert Briefbogen, Rechnungen, Preislisten, Kataloge, Programme, Einlaßkart., Plakate, Flugblätter, Broschüren, Werke aller Art, Zeitschriften u. a. m. in Ein- und Mehrfarbendruck prompt u. preiswert. Spez.: Massen-Auflagen

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- u. Verwertungsgesellschaft, Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Straße 50
Telephon-Anschl. 28837



10 billige Volkstage

von Donnerstag, den 30. Mai bis Montag, den 10. Juni

Wie bisher, werden die großen Massen der Käufer wiederum von dieser Veranstaltung befriedigt sein

Schwarze Leder-Damen-Spangenschuhe mit amerikanischem Absatz **4.85**

Graue Damen-Spangenschuhe, sehr gute Ausführung, mit echtem L. XV. Absatz **8.85**

Braune Herren-Halbschuhe, weiß gedoppelt, bequeme Form **8.50**

Braune Herren-Halbschuhe, in verschiedenen modernen Ausführungen mit Einsätzen, mit und ohne Wulstrand . **11.85**

Blonde Kinder-Spangenschuhe, mit brauner Einfassung, 31/35 6.90, 27/30 **6.25**

Knaben-Halbschuhe, schwarz, weiß gedoppelt, 36/39 **7.50**

Braune Halbschuhe, sehr schöne Sommer-schuhe für junge Herren, Größe 36/39 **8.50**

Helle Damen-Spangenschuhe, in neuen Modifarben mit hübschen Verzierungen u. geschweiftem Absatz, wie Abbildung, ferner Lack-Spangenschuhe in verschiedenen Ausführungen **7.85**

Auf unserem „billigen Tisch“ noch billigere Angebote

Prima Mako-Socken, mit Doppelsohle und Hochferse . . 1.10 **0.95**

Gute wachseid. Dam.-Strümpfe in viel. modernen Farben 1.45 **1.10**

Klausner Schuh-Elage

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H.

Ring 22

1.-3. Stock
Fahrstuhl

